

Beate Maria Hagen

Wohnen als soziale Frage – Menschen in Wohnungsnot

Bericht von der Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Vereins am 12. September 2019 in der Vertretung des Freistaats Sachsen beim Bund

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. hat sich seit seiner Gründung vor 140 Jahren immer wieder mit Wohnungslosigkeit und deren Bewältigung beschäftigt. In der diesjährigen Hauptausschusssitzung gingen die rund 130 Mitglieder und Gäste der Frage nach, inwiefern Wohnungslosigkeit „in der Mitte der Gesellschaft“ angekommen sei. Im Fokus stand, wer warum von Wohnungslosigkeit bedroht bzw. wohnungslos ist, was das für die Soziale Arbeit vor Ort bedeutet, welche Konzepte und Bewältigungsstrategien es schon gibt und welche benötigt werden sowie welche politischen Weichenstellungen noch erfolgen müssen, um eine adäquate und ausreichende Wohnungsversorgung für alle zu schaffen.



Präsident Johannes Fuchs: „Wohnraumversorgung ist eine interdisziplinäre Herausforderung – ein echtes Querschnittsthema.“

Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit sind keine neuen Themen, aber angesichts steigender Mieten und angespannter Wohnungsmärkte in Ballungszentren und sogenannten „Schwarmstädten“ hochaktuell und drängend – und für die betroffenen Menschen existenziell. Besonders einkommensschwache Familien, alleinerziehende oder ältere Menschen und mittlerweile auch Familien mit mittlerem Einkommen haben es dort besonders schwer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wie viele Menschen tatsächlich von

Wohnungslosigkeit bedroht oder bereits wohnungslos sind, kann – mangels offizieller Gesamtstatistik und oftmals versteckter Wohnungslosigkeit – nur geschätzt werden. Festhalten lässt sich, dass der strukturelle Mangel an bezahlbarem Wohnraum eine neue Dimension darstellt.

Wohnungslosigkeit in Deutschland

Mit den prägnantesten Ergebnissen aus der kürzlich veröffentlichten Studie „Entstehung, Verlauf und Struktur von Wohnungslosigkeit und Strategien zu ihrer Vermeidung und Behebung in der Bundesrepublik Deutschland“ bot Jutta Henke, Geschäftsführerin der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V. (GISS), Bremen, einen informativen empirischen



Jutta Henke

Einblick zur Lage der Wohnungslosigkeit.¹ Die Studie wurde im Rahmen der Berichterstattung zum sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung seitens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales in Auftrag gegeben. Jutta Henke erläuterte dabei eingangs die besondere Bedeutung der Befunde, da diese seit der letzten bundesweiten Erhebung aus den Jahren 2001 bis 2004 die erste große und flächendeckende Studie zum Thema Wohnungslosigkeit sei.

Als Risikofaktoren konnten in der Studie verfestigte Armut, Mischeinkommen aus Transfer- und weiteren staat-

1) Der Vortrag von Jutta Henke ist in dieser Ausgabe des NDV abgedruckt.

Beate Maria Hagen ist Leiterin der Abteilung „Vereins- und Mitgliederwesen, Presse und Öffentlichkeitsarbeit“ des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Berlin.

lichen Leistungen, versäumte Präventionsmaßnahmen im Vorfeld sowie gesundheitliche Einschränkungen, vor allem psychische Erkrankungen wie beispielsweise unbehandelte Depressionen, identifiziert werden.

Im Bereich der Prävention bescheinigt die Studie, dass der deutsche Sozialstaat generell gut auf die aktuellen Herausforderungen im Bereich der Wohnungsnotfallproblematik vorbereitet ist und adäquate Interventionsinstrumente vorhanden sind. Doch deren Nutzen hängt oft vom Wissen um eben diese Instrumente ab, dies sei noch ausbaufähig, seitens der professionell Handelnden, aber auch seitens der betroffenen Bevölkerungsgruppen. Daher müssten Hilfen als Ziel sichtbarer und die Hilfestrukturen leichter zu durchschauen sein.

Von den Jobcentern hängt viel ab

Jobcenter haben laut Studie im Bereich der Wohnungsnotfallprävention eine doppelte Rolle: Sie sind der geeignete und prioritäre Ort für Prävention, da sie über drohende Wohnungsverluste oft früher informiert sind als andere Stellen – und zwar von den Betroffenen selbst. Zudem bietet die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt gute Möglichkeiten der Erwerbsintegration und somit einen Weg, die Abwärtsspirale der Wohnungslosigkeit zu durchbrechen. Auf der anderen Seite sind nach statistischer Auswertung die Jobcenter oft an einem Wohnungsverlust mitverantwortlich. So kam es zu Einschränkungen der Mietschuldenübernahme seitens einiger Jobcenter bei bereits bestehenden Darlehen oder bei alleinstehenden Männern. Diese können in der letzten Konsequenz nicht selten zu einem (drohenden) Wohnraumverlust führen.

Viel zu tun gibt es im Bereich der Gendergerechtigkeit. In der Studie wurde diesbezüglich ein doppeltes blindes Auge als Ergebnis der knappen Ressourcenverteilung festgestellt. So gibt es auf der einen Seite einen deutlichen Bedarf am Ausbau frauenspezifischer Versorgungsstrukturen, zum Beispiel im Bereich der Unterbringung. Auf der anderen Seite werden alleinstehende Männer oft im Hilfesystem durchgereicht, da die Abwendung von Wohnungslosigkeit bei Frauen und vor allem bei Frauen mit Kindern bzw. Familien für das Hilfesystem prioritär erscheint.

Im Resümee verdeutlichte Frau Henke, dass Prävention an der richtigen Stelle das einzig wirklich wirksame Mittel zur Vermeidung eines Wohnungsnotfalls darstellt. Die entsprechenden sozialstaatlichen Instrumente gilt es wesentlich intensiver zu nutzen. Der beste Ort zur Prävention ist dabei die Stelle, bei der das Problem auftritt.

Erfolgsfaktor Prävention

Auch der Blick aus der Praxis von Heinrich Knodel, Geschäftsführer der Wohnungslosenhilfe im Landkreis Ludwigsburg gemeinnützige GmbH, bestätigte, dass mit frühzeitigen Präventionsmaßnahmen Wohnungslosigkeit effektiv verhindert werden kann.² Er berichtete über das kommunale Projekt „FAWOS“, in das aktuell 23 Kommunen des Landkreises integriert sind. Der Fokus des Projek-



Heinrich Knodel

tes liegt im Bereich der aufsuchenden und beratenden Arbeit. Dabei seien die Sprechstunden in den Kommunen, die FAWOS anbietet, besonders relevant. Aber auch die aufsuchenden Hilfen bei Bekanntwerden eines drohenden Wohnungsnotfalls seien ein wichtiger Grund für die hohe Akzeptanz des Projekts und dessen Erfolge. So konnte bei einem Großteil der Beratungsfälle ein positiver Fallausgang dokumentiert werden.

Er unterstrich, dass es deutlich einfacher ist einen neuen geeigneten Wohnraum für Betroffene zu akquirieren, wenn sie noch in einer Wohnung wohnen. Und je früher Menschen erreicht werden, desto geringer sind die Wahrscheinlichkeiten für nachhaltig negative Konsequenzen.

Podiumsdiskussion

In der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Prof. Dr. Jens Wurtzbacher konnte Frau Henke den Mehrwert der aufsuchenden Arbeit bestätigen. Ihre Befunde hätten gezeigt, dass diese Form der Unterstützung besonders hilfreich sei. Dabei stellte sich heraus, dass in Kreisen die aufsuchende Arbeit sowie die Fachstellen schlechter ausgestattet sind, aber gerade in diesen geografischen Räumen die aufsuchende Arbeit besonders erfolgsversprechend ist. Hier könne und müsse nachgesteuert werden.

Werena Rosenke, Geschäftsführerin der BAG Wohnungslosenhilfe e.V., sieht die Notwendigkeit des politischen Willens in den Kommunen als ein entscheidendes Kriterium für eine erfolgreiche Implementierung von Präventionskonzepten. Wohnungsnotfallversorgung ist in ihren Augen ein Querschnittsthema der Gesellschaft und der Verwaltung, bei dem unterschiedliche Ebenen miteinander kooperieren müssen. Die Kooperation aller Beteiligten müsse gewollt und gesteuert sein. Außerdem werden staatliche Programme zur Finanzierung von Prävention benötigt, um weitere progressive Entwicklungen umsetzen zu können. Nach Auffassung von Werena Rosenke müssen dafür nicht immer nur große Lösungen gesucht werden. Teilweise könnten Städte und Kommunen ohne größere finanzielle Mittel schon etwas für die Wohnungsnotfallprävention tun.

Prof. Dr. Ulrike Kostka, Diözesandirektorin und Vorstandsvorsitzende des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e.V., nimmt in ihrer täglichen Arbeit die Zunahme von Wohnungsnotfällen wahr. Sorge bereitet ihr die Verdrängung von sozialen Einrichtungen in den Ballungsgebieten. Des Weiteren sind ihrer Erfahrung nach mittlerweile alle

²) Der Vortrag von Heinrich Knodel ist ebenfalls in dieser Ausgabe des NDV abgedruckt.



Unter der Moderation von Prof. Dr. Jens Wurtzbacher diskutierten Prof. Dr. Ulrike Kostka, Werena Rosenke, Martin Lenz, Staatsrätin Petra Lotzkat und Jutta Henke (v.l.n.r.) gemeinsam mit dem Publikum über Menschen in Wohnungsnot.



*Impressionen von der Haupt-
ausschusssitzung 2019*

*Der Bevollmächtigte
des Freistaates Sach-
sen beim Bund Er-
hard Weimann be-
grüßt als Hausherr
die Hauptausschuss-
mitglieder und Gäste
in den Räumen der
Landesvertretung.*



Schichten, Milieus, Generationen und Geschlechter von der Wohnraumverknappung tangiert. Wichtig sei auch ein realistischer Blick darauf, was Verwaltung überhaupt leisten könne. So würde es nichts bringen, Leistungen der Verwaltung überzustülpen, wenn sie personell dafür nicht ausgestattet ist. Vielmehr wird ein strukturiertes Vorgehen Schritt für Schritt benötigt. Frau Kostka betonte ebenfalls, dass eine enge Zusammenarbeit mit öffentlichen wie privaten Vermietern nötig sei. Denn oft wüssten die privaten Vermieterinnen und Vermieter um die komplexen Lebenslagen und schwierigen Unterstützungsrahmen ihrer Mieterinnen und Mieter wenig. Als konstruktive Präventionsmaßnahme sei es daher notwendig, die Mitarbeitenden aus Hausverwaltungen zu befähigen, einen Wohnungsnotfall erkennen zu können.

Auch Petra Lotzkat, Staatsrätin der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der Freien und Hansestadt Hamburg, sieht in der frühzeitigen Prävention von Wohnungsnotfällen den richtigen Weg. In Hamburg waren dadurch im Jahr 2018 35.000 Wohnungssicherungen möglich. Dazu trage der Umstand bei, dass die Stadt Hamburg wieder stärker in den Neubau von Sozialwohnungen investiert habe und eine Abbremsung der Mietpreise verzeichnen kann. Dennoch führen die Dynamiken zu größeren Verteilungsdebatten, denn neben Wohnraum muss zum Beispiel in die soziale Infrastruktur und in den Verkehr investiert werden. Petra Lotzkat argumentierte weiter, dass die Herausforderungen nur durch eine Verschiebung der Arbeitskultur angegangen werden können. Dazu ist die Kooperation der einzelnen Akteure untereinander, in der Informationen, Kontakte und Wissen um die einzelnen Hilfesysteme geteilt werden, eine zwingende Voraussetzung.

Martin Lenz, Bürgermeister der Stadt Karlsruhe, führte aus, dass in Karlsruhe die Kooperation zwischen öffentlicher Hand und freier Wohlfahrtspflege zu einer Zusammenarbeit im Sinne einer praktischen Verwaltung und

theoriebezogenen Sozialplanung geführt habe. Seiner Meinung nach sei vor allem der „kommunale Sozialstaat“ gefordert, und zwar nicht nur durch das Bauen, sondern gleichzeitig durch Akquise von leerstehenden Immobilien. Alle Energie müsse in die Prävention und Wohnraumversorgung gesteckt werden, da Obdachlosigkeit sozial und monetär die Kommunen teuer zu stehen komme. Herr Lenz bekräftigte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit. So sei es ein wichtiges Element, dass der Rat der Stadt Karlsruhe überfraktionell die Wohnungsnotfallhilfe unterstütze. Martin Lenz erläuterte, dass spezielle Strategien zur Prävention auf kommunaler Ebene erfolgversprechend seien. Dazu zählen unter anderem das Wissen um jede Räumungsklage im Verwaltungsbezirk, eine kommunale Gesamtstrategie zur Armutsbekämpfung, Schulungen aller Verwaltungsmitarbeitenden, um Wohnungsnotfallhilfe als Querschnittsthema zu verankern, sowie aufsuchende Arbeit in ordnungsrechtlicher Unterbringung zur Verkürzung der Verweildauern.

Fazit

Die angespannten Wohnungsmärkte mit knapper werdendem Wohnraum und steigenden Mieten haben die Aufmerksamkeit auf von Wohnungslosigkeit bedrohte und wohnungslose Menschen gelenkt. Vielen Menschen in Wohnungsnot gelingt es immer weniger, aus eigener Kraft einen Wohnungsverlust abzuwenden. In den Diskussionen und Beiträgen wurde deutlich, dass vor allem eine frühe Prävention – im Idealfall, bevor der Wohnungsverlust eintritt – und trägerübergreifende Zusammenarbeit besonders effektiv sind. Voraussetzung dafür sind leicht erhältliche Informationen für Betroffene, aber auch die Befähigung von Mitarbeitenden von öffentlichen Stellen oder Vermieterinnen und Vermieter, drohende Wohnungslosigkeit zu erkennen. Letztendlich muss vor allem mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.



Vereinsregularien

Auf der Tagesordnung standen bei der diesjährigen Hauptausschusssitzung die Wahlen zum Wahlausschuss. Alle vorgeschlagenen Mitglieder und Ersatzmitglieder wurden für vier Jahre gewählt. Des Weiteren haben die Mitglieder des Hauptausschusses die Jahresrechnung und den Prüfbericht für das Jahr 2018 entgegengenommen, den Jahresabschluss 2018 festgestellt und das Präsidium entlastet.

Foto: Vorstand Michael Löher berichtet aus der Arbeit und zur wirtschaftlichen Lage des Deutschen Vereins.³

³) Der Bericht ist unter https://www.deutscher-verein.de/de/uploads/wir-ueber-uns/verein/hauptausschuss/ha-19_rede-vorstand.pdf abrufbar.

Prof. Dr. Georg Cremer und Dietmar Grajcar erhalten Ehrenplakette des Deutschen Vereins



v.l.n.r.: Präsident Johannes Fuchs, Prof. Dr. Georg Cremer und Vorstand Michael Löher

Im Rahmen der Hauptausschusssitzung überreichte Präsident Johannes Fuchs die Ehrenplakette des Deutschen Vereins an Prof. Dr. Georg Cremer, Generalsekretär des Caritasverbandes i.R., und Dietmar Grajcar, Leiter des Geschäftsbereichs Soziales beim Landkreis Helmstedt i.R.

Die Ehrenplakette des Deutschen Vereins ist die höchste Anerkennung des Deutschen Vereins. Sie wird seit 1980 an Persönlichkeiten vergeben, die sich um die Soziale Arbeit und den Deutschen Verein herausragende Verdienste erworben haben.

In seiner Würdigung betonte Johannes Fuchs insbesondere den langjährigen Einsatz beider Ehrenplaketten-

träger in den Gremien des Deutschen Vereins. Georg Cremer war viele Jahre Vizepräsident des Deutschen Vereins und Vorsitzender des Fachausschusses „Internationale Zusammenarbeit und europäische Integration“. Georg Cremer ist als gefragter Experte zu Fragen der Armut und Armutsbekämpfung weiterhin höchst aktiv.

Dietmar Grajcar hat unter anderem seine Expertise in den Arbeitsgruppen zum SGB II, zu der Weiterentwicklung des SGB IX sowie zu den Kosten der Unterkunft und zu den Krankenkostzulagen nachhaltig eingebracht.



v.l.n.r.: Vorstand Michael Löher, Dietmar Grajcar und Präsident Johannes Fuchs